

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 25. April 2017 – 2/2017

Kein Signal für ein neues rot-rotes Bündnis Die Wahl zum Landtag im Saarland vom 26. März 2017

Gerhard Hirscher /// Die Landtagswahl im Saarland hat die Reihe der Wahlen mit deutlich gestiegener Wahlbeteiligung fortgesetzt. Die größte Mobilisierung gelang der CDU, die klar stärkste Partei wurde und wieder die Regierung anführen kann. Der Trend zur weiteren Fragmentierung des Parteiensystems hat sich nicht fortgesetzt. Diese Landtagswahl hat gezeigt, dass auch bei Konkurrenz durch die AfD eine Mobilisierung möglich ist, die den Volksparteien und vor allem der CDU nützt. Dabei dürfen die Besonderheiten des Saarlandes mit nicht einmal 775.000 Wahlberechtigten nicht übersehen werden. Im Kontext des Wahljahres war sie dennoch ein Dämpfer für die AfD, aber auch für die Linke und die Grünen. Damit scheinen manche Koalitionsperspektiven jenseits von CDU und CSU wieder in weitere Ferne gerückt, zumal die SPD mit dem medial hoch gehandelten Berliner Spitzenkandidaten keinen gegenläufigen Effekt verbuchen konnte. ///

Kein Signal für ein neues rot-rotes Bündnis

Die Wahl zum Landtag im Saarland vom 26. März 2017

Gerhard Hirscher

Das Wahlergebnis und einige Einzelaspekte*

Als erste überregionale Wahl im Wahljahr 2017 in Deutschland wurde diese Landtagswahl vom 25. März 2017 von allen Beobachtern als Fingerzeig gesehen. Im Saarland regierte seit 2012 eine große Koalition aus CDU und SPD. Lange sah es in den demoskopischen Daten so aus, als könnte Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer von der CDU in dieser Koalition weiterregieren – mit höherem Anteil für die CDU und geringerem Anteil für die SPD. Seit der Ankündigung der Übernahme von Parteivorsitz und Spitzenkandidatur der Bundes-SPD durch Martin Schulz Ende Januar 2017 hatten sich zumindest die Werte für die SPD deutlich verbessert, die für die CDU aber kaum verschlechtert. Diese Wahl wurde daher als Wegweiser in mehrerer Hinsicht gesehen, zumal diesmal für einen höheren Anteil der Wähler (31 % laut FG Wahlen) bundespolitische Motive den Ausschlag für die Wahl gaben. Im Vorfeld waren weitere Sondereffekte wahrscheinlich: FDP und Grüne, die mit der 5-Prozent-Hürde kämpften und in den letzten Umfragen darunter lagen, eine AfD (die im Saarland durch auffällige Streitigkeiten in Erscheinung trat), die bei den Demoskopern nur knapp darüber lag, und eine Linke, die vom ein letztes Mal antretenden Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine profitierte, aber dennoch mit schrumpfendem Wählerpotenzial rechnen musste. Für die Piraten erschien ein Verbleib im Parlament aussichtslos.

Das Ergebnis der Landtagswahl zeigte, dass der „Schulz-Effekt“ im Saarland keine Wirkung erzielte. Die CDU erhielt (nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis) 217.265 oder 40,7 % der Stimmen und damit deutlich mehr, als in den letzten Umfragen zu erwarten waren (das Wahlrecht im Saarland sieht nur die Abgabe einer Stimme vor). Dies waren wegen der gestiegenen Wahlbeteiligung fast 48.000 Stimmen mehr als 2012 und das beste Ergebnis bei Landtagswahlen seit 2004. Die SPD hingegen landete bei 157.841 Stimmen oder 29,6 % (dem schlechtesten Ergebnis bei Landtagswahlen seit 1960) und damit deutlich unter ihren letzten demoskopischen Werten. Immerhin konnte auch sie über 10.000 Stimmen dazugewinnen. Dies könnte darauf hindeuten, dass es der CDU und ihrer Spitzenkandidatin, der Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer, gelungen ist, kurzfristig Wähler für sich zu mobilisieren.

Die Werte der anderen Parteien wurden hingegen von den Demoskopern präzise vorhergesagt: Die Linke kam mit Oskar Lafontaine, dem langjährigen SPD-Ministerpräsidenten, zwar noch auf 68.566 Stimmen oder 12,9 %, verlor aber über 3 Prozentpunkte (und netto fast 9.000 Stimmen) und demonstrierte dadurch ihr schrumpfendes Wählerpotenzial in diesem Land – noch dazu ohne rot-rote Machtperspektive wegen des Abschneidens der SPD. Die AfD kam mit 32.935 Stimmen oder 6,2 % in den elften Landtag, blieb aber hinter ihren Erwartungen zurück. Für die Grünen mit 21.392 Stimmen oder 4,0 % wie die FDP mit 17.419 Stimmen oder 3,3 % wurde deutlich, wie schwierig die Mobilisierung für sie ist, wenn die Wahlbeteiligung steigt (sie lag für 774.947 Wahlberechtigte bei 69,7 % und damit gut 8 Prozentpunkte höher als 2012) und die großen Parteien davon profitieren. Für die Grünen bedeutete dies einen Netto-Stimmenverlust von fast 3.000 Stimmen, während die FDP immerhin etwa 11.500 Stimmen dazugewinnen konnte. Alle anderen kleineren Parteien blieben sämtlich weit unter 1 %, darunter die Partei Familie mit 0,83 %, die Piraten mit 0,75 % und die NPD mit 0,7 %.

Von den 51 Sitzen im Landtag kam die CDU auf 24, die SPD auf 17, die Linke auf 7 und die AfD auf 3. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern hat sich die Zahl der im Landtag vertretenen Parteien also reduziert. Eine realistische Mehrheit ergibt nur eine neue große Koalition unter der Führung der CDU. Laut der Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap holte die CDU praktisch aus allen Richtungen Stimmen: Von den Nichtwählern kamen 28.000, den sonstigen Parteien 10.000, der SPD 8.000, den Grünen 5.000 und der Linken 3.000. Lediglich an die AfD musste sie 4.000 Stimmen abgeben. Der Verlust an den Generationenwechsel betrug 11.000 Stimmen; der Saldo aus Zu- und Fortgezogenen war mit 9.000 Stimmen im positiven Bereich.

Die SPD holte 13.000 Stimmen von den Nichtwählern, 5.000 von den sonstigen Parteien, 3.000 von der Linken und 2.000 von den Grünen. Sie verlor 8.000 Stimmen an die CDU und 3.000 an die AfD. Auch an den Generationenwechsel verlor sie 5.000 Stimmen, gewann aber 4.000 aus dem Saldo aus Zu- und Fortgezogenen. Die Linke holte lediglich 3.000 Stimmen von den Nichtwählern und jeweils 1.000 Stimmen von Grünen und sonstigen Parteien. Sie verlor aber 4.000 Stimmen an die AfD und jeweils 3.000 an CDU und SPD sowie ebenfalls 3.000 an den Generationenwechsel. Die Grünen konnten lediglich 1.000 Stimmen von Nichtwählern und sonstigen Parteien holen. Sie verloren 5.000 Stimmen an die CDU, 2.000 an die SPD und 1.000 an die Linke. Bei ihnen war der Saldo aus Erstwählern und Verstorbenen mit 3.000 Stimmen im positiven Bereich; ebenso der aus Zu- und Fortzügen mit 1.000. Die AfD holte mit 11.000 Stimmen den größten Anteil von den sonstigen Parteien und 8.000 von den Nichtwählern. Jeweils 4.000 Stimmen kamen von CDU und Linken, 3.000 von der SPD. Dazu kamen 2.000 Stimmen von den Zugezogenen und 1.000 aus dem Generationenwechsel.

Bei der Wahlentscheidung nach dem **Alter** kam die CDU laut Infratest dimap bei den 18- bis 24-Jährigen auf weit unterdurchschnittliche 29 %. Bei den 25- bis 34-Jährigen holte sie auch nur 32 %, den 35- bis 44-Jährigen 37 % und den 45- bis 59-Jährigen 39 %. Bei den Über-60-Jährigen kam sie auf 43 % und bei den Über-70-Jährigen auf 54 %. Sie war – wie so oft – bei

jungen Wählern unterdurchschnittlich vertreten und bei den Senioren deutlich überrepräsentiert. Damit wurde die Überalterung ihrer Wählerschaft erneut dokumentiert. Ihr Anteil war insgesamt bei den Frauen mit 43 % deutlich höher als bei den Männern mit 38 %. Der Gewinn war bei den Frauen höher als bei den Männern und bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen insgesamt größer als bei den Senioren.

Bei der SPD war die Verteilung deutlich homogener. Bei den 18- bis 24-Jährigen kam sie auf 28 %, den 25- bis 34-Jährigen und den 35- bis 44-Jährigen auf 28 %, den 45- bis 59-Jährigen auf 30 %, den 60- bis 69-Jährigen auf 31 % und den Über-70-Jährigen auf 29 %. Damit hatte sie keinen ansonsten für die Volksparteien üblichen Überhang älterer Wähler. Bei den Frauen kam sie auf 30 %, den Männern auf 29 %. Sie hatte Gewinne bei den jüngeren Jahrgängen, aber Verluste bei den mittleren und älteren Wählern. Auch bei der Linken war die Wählerschaft relativ gleichmäßig verteilt: Sie kam auf 13 % bei den 18- bis 24-Jährigen, 14 % bei den 25- bis 34-Jährigen, 13 % bei den 35- bis 44-Jährigen, 14 % bei den 45- bis 59-Jährigen und den 60- bis 69-Jährigen sowie 9 % bei den Über-70-Jährigen. Bei den Männern war ihr Anteil mit 14 % deutlich höher als bei den Frauen mit 11 %. Am höchsten waren ihre Verluste in der Altersgruppe von 45 bis 59 Jahren.

Wie gewohnt sah die Verteilung bei den Grünen anders aus, die die meisten Stimmen in den jüngeren Jahrgängen holten. Sie kamen bei den 18- bis 24-Jährigen auf 11 %, den 25- bis 34-Jährigen auf 7 % und den 35- bis 44-Jährigen auf 5 %. Bei den 45- bis 59-Jährigen holten sie noch 4 %, den Über-60-Jährigen nur 2 % und den Über-70-Jährigen lediglich 1 %. Sie holten bei den Frauen mit 5 % mehr Stimmen als bei den Männern mit 3 %. Auch die Grünen hatten Gewinne bei den jüngeren Wählern, aber Verluste bei den Älteren. Die AfD holte erneut ihre besten Anteile in den mittleren Altersregionen: Bei den 18- bis 24-Jährigen kam sie auf 6 %, bei den 25- bis 34-Jährigen und den 35- bis 44-Jährigen auf 8 %, den 45- bis 59-Jährigen auf 7 %, den 60- bis 69-Jährigen auf 5 % und den Über-70-Jährigen auf 3 %. Bei den Frauen holte sie mit 5 % deutlich weniger als bei den Männern mit 8 %. Am stärksten vertreten waren sie bei Männern zwischen 25 und 44 Jahren mit 10 %. Die Wählerschaft der FDP war über die Altersgruppen sehr homogen verteilt; lediglich die 18- bis 24-Jährigen waren mit 4 % etwas stärker vertreten. Auch bei den Männern war sie mit 4 % etwas stärker als bei den Frauen mit 3 %.

In Bezug auf den **Beruf** holte die CDU laut Infratest dimap überdurchschnittliche Werte bei Selbständigen und Rentnern mit 45 % (FG Wahlen: Selbständige 48 %) sowie Angestellten mit 43 %. Laut FG Wahlen holte sie auch bei den Beamten überdurchschnittliche 54 % (Infratest dimap: 51 %). Klar unter dem Durchschnitt blieb sie bei Arbeitern mit 27 % (FG Wahlen: 31 %) und Arbeitslosen mit 24 %.

Die SPD kam auf überdurchschnittliche 36 % bei Arbeitern (FG Wahlen: 35 %) und 32 % bei Rentnern. Bei den Angestellten war sie mit 29 % knapp unter dem Durchschnitt; deutlicher bei Arbeitslosen mit 26 % sowie laut FG Wahlen bei Beamten mit 23 % und Selbständigen mit 19 % (FG Wahlen: 18 %). Die Linke lag bei den Arbeitslosen mit 32 % weit über dem Durch-

schnitt. Auch bei den Arbeitern kam sie mit 16 % (FG Wahlen: 18 %) darüber. Bei Angestellten kam sie noch auf 12 % (FG Wahlen: 13 %), bei Beamten und Rentnern auf 11 % und Selbständigen auf 9 % (FG Wahlen: 11 %).

Auch die AfD erzielte überdurchschnittliche Werte bei Arbeitern mit 9 % und Arbeitslosen mit 7 %. Bei den Selbständigen kam sie ebenfalls auf 7 %, bei Angestellten und Rentnern auf 6 % (FG Wahlen: Angestellte 5 %). Bei Beamten kam sie laut FG Wahlen auf 6 % (Infratest dimap: 5 %). Die Grünen waren klar überdurchschnittlich bei Angestellten (FG Wahlen: 5 %) und Selbständigen (und laut FG Wahlen auch bei den Beamten) mit jeweils 6 %. Laut Infratest dimap kamen sie bei den Beamten nur auf 4 %. Sie holten bei Arbeitern, Arbeitslosen und Rentnern nur 2 %. Die FDP kam in allen Gruppen auf 3 % mit Ausnahme der Selbständigen, wo sie 10 % (FG Wahlen: 8 %) holte. Bei den Arbeitslosen kam sie aber nur auf 1 %.

Bei der Aufschlüsselung nach der **formalen Bildung** wies die CDU eher nicht die bei klassischen Volksparteien übliche Verteilung auf. Laut FG Wahlen kam sie bei Wählern mit Hauptschulabschluss auf 40 %, denen mit mittlerer Reife auf 39 %, mit Hochschulreife auf 40 % und mit Hochschulabschluss auf 47 %.

Bei der SPD war die Verteilung stärker nach dem klassischen Muster einer Volkspartei: Bei den Wählern mit Hauptschulabschluss kam sie auf 36 %. Bei den Wählern mit mittlerer Reife holte sie 30 %, bei denen mit Abitur 28 % und bei den Wählern mit Hochschulabschluss 23 %. Ähnlich die Verteilung bei der Linken: Dort fanden sich die Wähler mit Hauptschulabschluss bei 14 %, mit mittlerer Reife bei 15 %, mit Hochschulreife bei 12 % und denen mit Hochschulabschluss bei 10 %.

Die AfD kam bei den Wählern mit Hauptschulabschluss auf 5 %, denen mit mittlerer Reife auf 8 %, mit Abitur auf 5 % und mit Hochschulabschluss nur auf 4 %. Die Grünen zeigten erneut eine bekannte Verteilung: Bei den Hauptschulabsolventen holten sie 1 %, denen mit mittlerer Reife 4 %, mit Abitur 6 % und mit Hochschulabschluss 8 %. Auch die FDP zeigte eine ähnliche Verteilung: Bei den Hauptschulabsolventen holte sie 2 %, denen mit mittlerer Reife ebenfalls 2 %, mit Abitur 5 % und mit Hochschulabschluss 6 %.

Schlussfolgerungen und Konsequenzen

Die Landtagswahl im Saarland kann wohl tatsächlich als der Fingerzeig zu Beginn des Wahljahres 2017 gelten, zu dem viele Medien sie gemacht haben. Gemessen an den letzten veröffentlichten demoskopischen Daten hat die CDU überraschend gut und die SPD unerwartet schlecht abgeschnitten. Damit wurde die CDU-geführte Regierung mit ihrer populären Ministerpräsidentin klar bestätigt. Der vorab als bedeutender Faktor gehandelte „Schulz-Effekt“, der die Umfragewerte der SPD im Bund und in manchen Ländern nach oben getrieben hatte, blieb bei dieser Wahl ohne Bedeutung. Damit blieb die Fortführung der großen Koalition mit der SPD ohne

Alternative: Eine linke Mehrheit kam – wegen der Schwäche der SPD und des Scheiterns der Grünen an der 5-Prozent-Hürde – nicht zustande. Aber auch eine bürgerliche Mehrheit mit der FDP, die ebenfalls nicht in den Landtag kam, war außerhalb der Reichweite. Die AfD kam zwar in den nunmehr elften Landtag, bleibt aber im Parteiensystem isoliert. Trotz des Erfolges der CDU hat sie also keine andere Wahlmöglichkeit als die Fortsetzung der Koalition mit der SPD.

Angesichts der guten Werte für die Spitzenkandidatin und die Landesregierung war das Ergebnis folgerichtig: Zufrieden mit der Landesregierung waren laut Infratest dimap 59 % und zusätzlich 9 % sehr zufrieden. Die negativen Urteile überwogen nur bei den Anhängern von Linken und AfD. Die Regierung insgesamt wurde auf einer Skala von +5 bis -5 bei guten +1,7 bewertet. Auch die Regierungsparteien wurden mit +1,3 für die CDU und +1,4 für die SPD gut bewertet. Die Oppositionsparteien lagen hingegen im Minus: Die Linke bei -0,5, die Grünen bei -0,7 und die AfD bei -2,5. Trotz gestiegener Beliebtheit der SPD-Gegenkandidatin Anke Rehlinger wollten (laut FG Wahlen) 52 % lieber Annegret Kramp-Karrenbauer als Ministerpräsidentin gegenüber 36 % für ihre Herausforderin. Die FG Wahlen ermittelte auch, dass 80 % sagten, die Ministerpräsidentin mache ihre Sache eher gut. Damit erreichte sie Werte, die in der Spitzengruppe derer für deutsche Ministerpräsidenten liegen.

Das Koalitionsmodell war ebenfalls nicht umstritten: 61 % (laut Infratest dimap) fanden eine künftige Landesregierung aus CDU und SPD gut oder sehr gut. Umgekehrt fanden die anderen Modelle klare Ablehnung: rot-rot fanden 61 % weniger gut oder schlecht, rot-rot-grün sogar 69 % und schwarz-grün 71 %. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass die grundsätzliche Präferenzverteilung für die Regierung knapp war: Laut Infratest dimap befürworteten vor der Wahl 42 % eine von der SPD geführte Regierung und 39 % eine von der CDU geführte. Dies könnte darauf hindeuten, dass der Kandidateneffekt insbesondere kurz vor der Wahlentscheidung hier eine beachtliche Rolle gespielt hat.

Auch die inhaltliche Debatte zeigt, dass die Themensetzung von SPD und Linken mit dem Schwerpunkt auf soziale Gerechtigkeit nicht effektiv war. Auf eine Frage von Infratest dimap, um welche der (vorgegebenen) Themen sich die Parteien besonders kümmern sollen, nannten zwar 28 % die soziale Gerechtigkeit noch vor Wirtschaft / Arbeit mit 24 % und Bildungspolitik mit 21 %. Aber auf die Frage nach den wichtigsten Problemen im Land antworteten der FG Wahlen 24 % Schule / Bildung, 21 % Arbeitsplätze, 15 % Flüchtlinge / Integration und 14 % Verschuldung / Finanzen. Offenbar wurde die soziale Gerechtigkeit – ein Kernthema des neuen SPD-Vorsitzenden Martin Schulz – von den Wählern im Saarland nicht als zentrales Problem der Landtagswahl wahrgenommen. Dies wird auch deutlich, wenn man berücksichtigt, dass 68 % die eigene wirtschaftliche Lage als gut bewertet haben gegenüber 52 % vor der letzten Landtagswahl.

Bei den Parteikompetenzen lag dann auch die CDU in den meisten Feldern klar vor der SPD: Arbeitsplätze 35 % zu 30 %, Wirtschaft 39 % zu 27 %, Finanzen 42 % zu 22 %, Flüchtlingspolitik 40 % zu 21 % und zukünftige Herausforderungen 37 % zu 28 %. Die SPD lag nur vorn bei

Schule / Bildung mit 42 % zu 27 % und sozialer Gerechtigkeit mit 37 % zu 25 %. Aber gerade in diesem Bereich erzielte auch die AfD überdurchschnittliche 16 % (die ansonsten zwischen 5 % und 8 % Kompetenzwerten landete). Es ist also fraglich, welche Wählerschichten mit der Forcierung dieses Politikfeldes im Wahlkampf tatsächlich aktiviert werden.

Die Landtagswahl im Saarland hat die Mobilisierungsfähigkeit beider Volksparteien unterstrichen. Die kleinen Parteien konnten sich durchweg nicht strategisch verbessern. Damit ist zu Beginn des Wahljahres 2017 kein Trend zu einer weiteren Zersplitterung des Parteiensystems erkennbar. Im Gegenteil: Falls das auch bei den weiteren Landtagswahlen anhalten könnte, wäre dies ein Zeichen für die Entwicklung bei der Bundestagswahl am 24. September 2017, wo die Volksparteien ihren Anteil an der Wählerschaft vielleicht sogar vergrößern könnten.

Anmerkung

- * Die Angaben beruhen auf den Daten folgenden Berichts: Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Wahl im Saarland. Eine Analyse der Landtagswahl vom 26. März 2017, Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e.V. Nr. 167, Mannheim, April 2017; die Daten von Infratest dimap sind zitiert nach Neu, Viola: Landtagswahl im Saarland am 26. März 2017, Tabellenanhang zur Wahlanalyse, Vorläufiges Ergebnis, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, März 2017.

Autor

Dr. Gerhard Hirscher

ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung der Hanns-Seidel-Stiftung in München.

Tel.: 089/1258-248, E-Mail: HIRSCHER@hss.de